

## **Staatsverfassung und Heeresverfassung in Preußen während des 18. Jahrhunderts**

Tagung der Arbeitsgemeinschaft zur preußischen Geschichte, Evangelische Akademie Hofgeismar  
vom 30. September bis 2. Oktober 2002

Wolfgang Neugebauer, Würzburg: *Staatsverfassung und Heeresverfassung in Preußen während des 18. Jahrhunderts*

Die neuere historische Forschung zeichnet ein etwas weniger „absolutistisches“ Bild vom Preußen auch des 18. Jahrhunderts, als das lange Zeit üblich war, und es gerät stärker die Eingliederung lokaler und regionaler Traditionen in den Staat in den Blick. Im Militärischen stellt sich heraus, dass die Heeresverfassung nicht als Spiegel der Sozialverfassung verstanden werden kann. Es existierte eine gewisse Autonomie des Militärischen. Auch die These von der Militarisierung der Verwaltung auf regionaler und lokaler Ebene lässt sich nicht halten. Vielmehr spielte das lokale Personal für die Besetzung der Landratsämter, die aus den Kriegskommissariaten hervorgegangen waren, eine wichtige Rolle. Rekrutierung und andere militärische Vorhaben, etwa der Festungsbau, wurden in hohem Maße ständisch kontrolliert und gegebenenfalls auch kritisiert. Die hohen Militärausgaben Preußens können nicht als Beleg für die Militarisierung gerade dieses Staates herangezogen werden, da sie in allen europäischen Staaten hoch waren und ihr Anteil am Staatshaushalt erst um 1800 zu sinken begann.

Jürgen Kloosterhuis, Berlin: Ulrich Bräker reinterpretiert. *Heeresrekrutierung und Disziplinierung der Mannschaften des preußischen Heeres*

Seine Anwerbung für die preußische Armee schildert Ulrich Bräker, oberflächlich gesehen, als Betrug: Er sei als Diener angeworben worden, habe dann aber wider Willen Soldat werden müssen. Die genauere Analyse seiner Schilderung zeigt aber, dass Bräker sehr genau wusste, worauf er sich einließ. Er wurde von einem „Anbringer“ einem Werber für die preußische Armee zugeführt, aber zunächst abgewiesen, weil er zu klein war. Als der „Anbringer“ sich davonmachte, um Bräker evtl. für eine andere Militärmacht zu verpflichten, ergriff dieser selbständig die Initiative und bot sich als Diener an. Dass er später doch Soldat werden musste, lag wahrscheinlich an der Kriegssituation. In seinen Lebenserinnerungen schildert Bräker anschaulich das Exerzieren, den als stumpfsinnig empfundenen Drill sowie die Strafen, die er allerdings nicht selbst erleiden musste. Sein Regimentschef Itzenplitz wurde vielmehr als milde und verständig gerühmt. Bräker schreibt, wie ein älterer Musketier ihm die Handgriffe zeigte, damit er beim Exerzieren zurechtkam – die Einweisung durch Ältere diente der Ausbildung, aber auch der Kontrolle der Rekruten und der Verhinderung von Desertionen. Bräker schildert außerordentlich genau – der Weg seiner Desertion in der Schlacht bei Lobositz lässt sich anhand seiner Aufzeichnungen bis ins einzelne rekonstruieren. Die Eindrücke seines kurzen Dienstes in der preußischen Armee prägten ihn offensichtlich. Wie seine Tagebücher zeigen, war er bis ins Alter stolz darauf, im Regiment Itzenplitz gedient zu haben – vielleicht war er sogar ein „Musterpreuße“.

Peter Baumgart, Würzburg: *Friedrich Wilhelm I. – ein Soldatenkönig?*

Die Urteile über den zweiten preußischen Monarchen schwanken erheblich und haben zu seiner Unterschätzung beigetragen. Die Voraussetzungen der durch ihn bewirkten „Revolution von oben“ sind vorrangig in der Jugendgeschichte des Monarchen zu suchen, die von Opposition zu der höfisch-aufgeklärten Welt der Mutter Sophie Charlotte und zu dem von wechselnden Günstlingen bestimmten Regime des Vaters sowie von den militärischen Erfahrungen im Spanischen Erbfolgekrieg geprägt war. Die kronprinzliche Herrschaft Wusterhausen wurde zur Pflanzschule der künftigen preußischen Armee, zum Muster der Domänenverwaltung und der Kabinettsregierung. Beim Regierungsantritt 1713 übertrug Friedrich Wilhelm seine Kronprinzerfahrungen auf den preußischen Staat und seine Armee, deren Neuformation, Disziplinierung mit Hilfe eines erst aufzubauenden adligen Offizierskorps und sukzessive

Erweiterung im Zentrum seiner Regierungstätigkeit standen. Dennoch war er kein auf das Militärische fixierter Monarch, der Finanzen, Wirtschaft und das Wohl der Bevölkerung einfach den Heeresinteressen untergeordnet hätte. Vielmehr bildeten für ihn Finanz-, Verwaltungs- und Heeresreform eine Einheit. Dieses Herrschaftskonzept setzte er im Kern im ersten Jahrzehnt seiner Regierung gegen viele innere Widerstände „absolutistisch“ durch, und zwar getragen von einer Arbeits- und Pflichtgesinnung, die er gegen den „Zeitgeist“ rücksichtslos auf den Nachfolger wie auf die Bevölkerung zu übertragen suchte. Dahinter stand zweifellos die Absicht, den noch wenig homogenen preußischen Staat zur Großmacht auszubauen, mit den zeitgenössischen Instrumenten der merkantilistischen Wirtschaftspolitik, einer soliden, ohne Staatsverschuldung operierenden Finanzpolitik, die auch für das Heer galt, sowie einer effizient reorganisierten Zentral- und Provinzialverwaltung. Dabei verfolgte er keine expansive Außenpolitik; seine reichs- und kaisertrou Haltung geriet vielmehr erst durch die Politik Karls VI. und der europäischen Mächte ins Wanken. Das Urteil Friedrichs II., der seinen Vater einen „Neuordner der Staaten“ nannte, dürfte Bestand haben. Friedrich Wilhelm begründete die Strukturen Preußens im Positiven wie im Negativen, war aber kein bloßer Soldatenkönig.

Michael Rohrschneider (Bonn): *Leopold I. von Anhalt-Dessau, die oranische Heeresreform und die Reorganisation der preußischen Armee unter Friedrich Wilhelm I.*

Leopold I. von Anhalt-Dessau (1676-1747) wird wegen seiner oranischen Abstammung mütterlicherseits im Rahmen der Erforschung der Kontinuitäten zwischen der oranischen Heeresreform des späten 16. und frühen 17. Jahrhunderts einerseits und der Entwicklung des brandenburg-preußischen Heeres unter Friedrich III./I. und Friedrich Wilhelm I. andererseits traditionell stark beachtet und als Vermittler oranischer Traditionen angesehen. Tatsächlich lässt sich im Hinblick auf das innovatorische Wirken Leopolds in preußischen Militärdiensten von einer Affinität des Dessauers zu wesentlichen Aspekten der Reformgedanken der Nassau-Oranier sprechen. Diese Affinität lag einerseits in dem starken Bewusstsein seiner oranischen Abstammung begründet, andererseits in seinen persönlichen Interessen und seiner militärischen Sozialisation, die er in einer Zeit erfuhr, als das nassau-oranische Gedankengut noch präsent war, allerdings schon einen fast hundertjährigen Rezeptions- und Modifikationsprozeß durchlaufen hatte. Dennoch kann man Leopold nicht eindeutig als direkten Fortsetzer oranischer Traditionen bezeichnen. Französische und schwedische Einflüsse sind zusätzlich in Rechnung zu stellen, will man die Wurzeln seiner militärischen Vorstellungswelt adäquat erfassen.

Bernhard R. Kroener, Potsdam: *Adel und Neubildung des Offizierkorps unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II.*

Die These Otto Büschs von der „sozialen Militarisierung“ Preußens muss im Lichte neuerer Forschungen kritisch gesehen werden. Entgegen den Vorstellungen Büschs öffnete sich der Adel nur zögernd der Offizierslaufbahn. Der Dienst in der Armee wurde meist als Durchgangsstadium gesehen. Die von Büsch postulierte Identität von Gutsbesitzer und Offizier bestand nicht, vielmehr stammten die Offiziere meist gerade nicht aus dem regional eingesessenen Adel, und zwischen ihnen und den Gutsbesitzern gab es erhebliche Interessengegensätze. In dieser Hinsicht lassen sich die preußischen Verhältnisse mit denen in Frankreich vergleichen. Hinsichtlich der Ausbildung eines Militäradels und der Verwendung des Militärs als Identifikationsagentur zur Beförderung des Gesamtstaatsbewusstseins existierten Parallelen zwischen Preußen und Österreich. Die Verdichtung militärischer Präsenz in Preußen begünstigte zwar durchaus eine entsprechende Zwecksetzung des Verwaltungshandelns. Daraus erwuchs aber keineswegs die Übernahme spezifisch militärischer Normen in der Gesamtgesellschaft, wie es die Voraussetzung für die These Büschs wäre.

Rolf Straubel, Berlin: *Heer und höhere Beamtenchaft im (spät-)friderizianischen Preußen. Zum Prozess der sogenannten Militarisierung der preußischen Verwaltung*

Über Beamte und Personalpolitik im altpreußischen Staat hat der Referent 1988 eine Monographie vorgelegt, die sich kritisch mit der Militarisierungsthese auseinandersetzt. Diese These differenziert zu wenig zwischen Subaltern- und höheren Beamten, zwischen den Verhältnissen im Akzise- und Postfach einerseits und der Finanz- und Justizverwaltung andererseits. Den Untersuchungen des Referenten zufolge waren nach 1740 die höheren Justizämter fast ausnahmslos mit Zivilisten

besetzt. Auditeure und Regimentsquartiermeister fanden vornehmlich als Steuerräte eine Versorgung, nicht aber als Kriegs- oder Finanzräte. Allenfalls jeder zehnte Beamte im Finanzfach hatte zuvor im Heer gestanden, bei zunehmend rückläufiger Tendenz. Hingegen wurde das personelle Profil der Landräte in maßgeblicher Weise von verabschiedeten Offizieren geprägt. Es kann jedoch nicht davon gesprochen werden, dass die Auditeure und Regimentsquartiermeister militärische Normen in die Landeskollegien übertragen hätten. Das Verhältnis von Armee und Verwaltung war vielmehr vielschichtig, was sich am vorübergehenden Einsatz von Räten in einem der Feldkriegskommissariate zeigt.

Christopher Duffy, Sandhurst/London: *The Army of November-December 1757 and Frederick's Warfare during the Seven Years' War*

Das Bild Friedrichs II. als eines Feldherrn ist vorwiegend nicht von Militärfachleuten, sondern von „military tourists“ nach dem Siebenjährigen Krieg geprägt worden. Friedrichs Erfolge zu Beginn des Krieges sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen: gute Ausbildung der Soldaten, größere Schnelligkeit durch das Exerzieren, effektive Führung und Organisation durch die Offiziere, Entscheidungsfindung im Feld statt aus der Distanz sowie gute Kenntnis des Terrains, teils aufgrund besserer Landkarten, teils aufgrund von Erfahrung – das Terrain von Leuthen kannten die Soldaten von Exerzierübungen in Schlesien. Auch die Behandlung der Rekruten war „humaner“ als beispielsweise in Österreich. Die österreichischen Generäle konnten die Vorteile Friedrichs zunächst nicht wettmachen; die österreichische Militärreform (u. a. Gründung des Generalstabs 1757) lag noch zu wenig lange zurück, als dass sie hätte prägend wirken können. Die militärischen Gewichte verschoben sich jedoch im Laufe des Krieges: Einerseits verlor Friedrich etwa 4000 Offiziere, was nicht ausgeglichen werden konnte; die riesigen Verluste bei der Infanterie konnten durch Artillerieeinsatz nicht kompensiert werden. Auch die Ernährung und Bekleidung der Soldaten wurde schlechter. Andererseits holten die Österreicher auf, was die Rekognoszierung des Geländes und die Erstellung von Karten anging. An idealtypischen Modellen (fiktive „Schlachten von Wendisch Thyrnau“) lässt sich zeigen, dass Friedrichs Feinde im Laufe des Krieges auch Aufmarschpositionen und Taktik änderten (breitere Aufstellung, früherer Einsatz der Artillerie) und damit die auf den Überraschungsangriff angelegten Planungen Friedrichs störten oder zunichte machten.

Michael Kaiser, Köln: *Ständewesen in Kleve-Mark im 17. Jahrhundert (Vortrag in der Reihe „Preußenforschung in Bericht und Kritik“)*

Die im Entstehen begriffene Arbeit des Referenten befasst sich mit den Landständen von Kleve-Mark vor allem in der Zeit Friedrich Wilhelms des Großen Kurfürsten. Die starke Stellung der Stände in dieser Zeit ist bekannt, sie hatten bis 1672 auch Rückhalt an der Militärmacht der benachbarten Generalstaaten. Traditionell waren die Bindungen zu Jülich-Berg eng; der Kurfürst interpretierte die entsprechende Ständeunion aber als Verbindung nach dem „Ausland“, die er zu unterbinden suchte. Eine Stärkung der Stellung des Monarchen lässt sich daran erkennen, dass ab etwa 1670 tendenziell weniger Verhandlungen über ständische Gravamina stattfanden oder ihre Vorschläge nicht realisiert wurden. Auch bezeichneten die Stände ihre Anliegen zunehmend nicht mehr als „gravamina“, sondern nur als „desideria“. Es kann sogar der Verdacht aufkommen, dass die Stände eine „strenge“ Herrschaft des Kurfürsten wünschten; zumindest legten sie Wert darauf, dass er im Lande Präsenz zeige. Das Modell eines prinzipiellen Konflikts zwischen Fürst und Ständen ist auf diese Verhältnisse nicht anwendbar; ein Konsens- oder Kooperationsmodell entspricht eher dem in den Quellen nachzuweisenden Befund.

Heinz Stübig: *Zur Kritik am preußischen Heer der nachfriderizianischen Epoche*

Die Kritik am friderizianischen Heer, die ursprünglich auf eine Verbesserung der Lebensumstände des Soldaten, einschließlich seiner wirtschaftlichen Lage, zielte, gewann durch den Verlauf der Revolutionskriege eine völlig neue Dimension. Jetzt stand die Militärverfassung insgesamt zur Diskussion und damit indirekt auch die Staatsverfassung. Diese Entwicklung hatte ihre Ursache in den militärischen Erfolgen der Franzosen, die das bisherige Kriegsbild und die darauf basierende Konzeption der Kriegführung, die Defensivstrategie und die Lineartaktik, radikal in Frage stellten. Zusätzlich wurde die Wahrnehmung der französischen Revolutionsheere von Anfang an stark durch den Enthusiasmus der Truppen bestimmt und in der gefühlsmäßigen, über die Nation

vermittelten Bindung des Soldaten an das Militär eine entscheidende Ursache für die Erfolge auf dem Schlachtfeld gesehen. In Deutschland wurde diese Entwicklung von einigen Militärs aufmerksam beobachtet und publizistisch kommentiert. Dazu zählten u.a. Georg Heinrich von Berenhorst, Heinrich Dietrich von Bülow und Gerhard von Scharnhorst. Ihre Analysen und Reformvorschläge standen im Mittelpunkt des Referats. Wenngleich sich die Positionen dieser Militärkritiker vor allem im Hinblick auf die jeweils vorgeschlagenen Eingriffe in die Struktur der Armee deutlich unterschieden, so gab es, was die grundlegenden Ziele anbetraf, auch wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen ihnen: Einerseits ging es ihnen darum, die Veränderungen im Kriegsbild und deren Auswirkungen auf die Strategie und Taktik zu erkennen und für eine Reorganisation der Streitkräfte in nachfriderizianischer Zeit nutzbar zu machen, andererseits plädierten sie für eine generelle Neubestimmung des Verhältnisses von Militär und Bevölkerung, weil nach ihrer Auffassung die zukünftigen Kriege nur unter Beteiligung der gesamten Nation würden geführt werden können.

Esther-Beate Körber, Berlin/Duisburg

---

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2002  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.  
Heruntergeladen von [www.ahf-muenchen.de](http://www.ahf-muenchen.de).